

# Presseinformation

Berlin, 17. März 2006  
Nr. 03/06



Europäisches Parlament unterstützt Kampagne:

## Rückwind aus der EU

**Das Europäische Parlament (EP) hat am 15. März eine Entschließung gegen Zwangsprostitution im Rahmen internationaler Sportereignisse angenommen. Darin wird an erster Stelle die Kampagne „abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ begrüßt, die der DEUTSCHE FRAUENRAT anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 initiiert hat.**

„Wir freuen uns, dass die europäischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier unser Anliegen zu dem ihren gemacht haben und unsere Kampagne unterstützen“, sagte die Vorsitzende des DEUTSCHEN FRAUENRATES, Brunhilde Raiser. Damit sei ein wichtiges Ziel von „abpfiff“ in greifbare Nähe gerückt. „Wir haben uns nämlich geschworen, dass das Thema nach der WM deutlich höher auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda stehen muss als bisher.“

Menschenhandel - insbesondere mit Frauen und Kindern - zwecks sexueller oder sonstiger Ausbeutung sei „eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen“, so das EP in seiner Entschließung. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Frauen gerade während großer Sportereignisse in besonders großem Ausmaß zu Prostitution gezwungen werden. Nötig sei mit Blick auf die Fußball-WM daher u. a. eine Kampagne auf europäischer Ebene, um in allen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich auf das Problem und dessen Tragweite hinzuweisen. Der wichtigste Aspekt der Aufklärungsarbeit sei es, „die Nachfrage zu reduzieren“.

Um das Bewusstsein für das Problem des Menschenhandels zu stärken, wiederholt das Parlament darüber hinaus seine Forderung nach einem „Tag gegen den Menschenhandel“. Auch Sensibilisierungskampagnen, bei denen die Medien und bekannte Persönlichkeiten aus der Welt des Sports intervenieren, seien hilfreich. Die FIFA, die UEFA, der Deutsche Fußballbund und die Sportler selbst sollten die Kampagne unterstützen und Menschenhandel und Zwangsprostitution aufs schärfste verurteilen. An EU-Kommission und Mitgliedstaaten richten die Abgeordneten schließlich die Aufforderung, eine "Präventionskampagne" zu starten, die sich an die potenziellen Opfer richtet, um diese über alle möglichen Risiken und Gefahren sowie über ihre Rechte in den Bestimmungsländern zu informieren.

Die Entschließung wurde vom EP-Ausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung eingebracht. Brunhilde Raiser, Vorsitzende des DEUTSCHEN FRAUENRATES, hatte auf Einladung dieses Ausschusses am 8. März die Kampagne „abpfiff“ in Brüssel vorgestellt.

Weitere Informationen: [www.abpfiff-zwangsprostitution.net](http://www.abpfiff-zwangsprostitution.net) oder [www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)

V.i.S.d.P.: Ulrike Helwerth (Pressereferentin)